

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 3

Artikel: Hemmungsorgan Kommissionspräsident
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Obwohl in der ewigen Rolle der Opposition, in der sich die KPI allzuoft im Neinsagen im Parlament mit der äussersten Rechten und den Neofaschisten zusammenfindet, ist die KPI ein Bestandteil – so würden die ausserparlamentarischen Revolutionäre sagen – des italienischen «Establishments». Mithin wurde der Kongress in Bologna – eine sympathische Sitte im politischen Leben in Italien – auch von den Vertretern der anderen Parteien begrüsst. Mithin sandte der Kongress auch eine Ergebnheitsadresse an den Staatspräsidenten Giuseppe Saragat, und dieser antwortete mit subtilen Anspielungen auf die Verpflichtung aller Bürger, nach Artikel 54 der Verfassung, zur Treue zur Republik und der Verfassung.

Rolf Reventlow

Dr. Richard Lienhard

Hemmungsorgan Kommissionspräsident

In unserer Zeitschrift wurde jüngst auf die Bedeutung von Studiengruppen im Dienste der Sozialdemokratischen Partei hingewiesen. Demnach sollte es die vornehmste Aufgabe solcher Gruppen sein, Material für die praktische Tätigkeit der Partei beziehungsweise ihrer Vertreter in den Parlamenten zusammenzutragen¹.

Die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel hat bekanntlich mit diesem Arbeitsgruppensystem Pionierarbeit geleistet, und das Ergebnis ist denn auch ermutigend. Diese Arbeitsgruppen stellen sich konkrete Probleme und bemühen sich, diese bis zur Gesetzesreife zu fördern. Es hat sich gezeigt, dass zahlreiche von diesen Gruppen ausgearbeitete Konzepte als Instrumente zur Beeinflussung der «grossen Politik» zu dienen vermochten.

¹ Die «Basler Nachrichten» nahmen in Nr. 70 vom 15./16. Februar 1969 unter dem Titel «Die Wunderdroge der radikalen Demokratie» zu der Forderung nach Studiengruppen wie folgt Stellung:

«Die Ideologie des politischen Pluralismus gibt sich als empirisch begründete Theorie. Wenn sie von Lienhard auch abgelehnt wird, so ist er ihr doch insofern verfallen, als er nach Studiengruppen von Wissenschaftern und von Fachleuten aus Verwaltung, Industrie, Gewerkschaft und Partei ruft, damit sie das Material für die praktische Tätigkeit der Partei liefern.»

Dabei scheint das Basler Blatt zu übersehen, dass die massgebenden Parteiorgane darüber letztinstanzlich zu befinden hätten, ob oder wieweit die von Studiengruppen ausgearbeiteten Vorschläge auch politisch vertretbar sind.

Auch die SPS hat Arbeitsgruppen geschaffen: das heisst Kommissionen, die sich zum Beispiel mit «Sozialpolitik», «Wirtschafts- und Finanzpolitik», «Militärpolitik» oder «Kulturpolitik» befassen. Besonderes Interesse verdient zurzeit jene Kommission, die sich mit der Totalrevision der Bundesverfassung beschäftigt. Erfreulicherweise hat die Arbeit dieser Kommission bereits wertvolle Ergebnisse gezeitigt, und diese konnten anlässlich der letzten Parteivorstandssitzung der SPS diskutiert werden.

Wesentlich ist, dass solche Kommissionen oder Arbeitsgruppen innert nützlicher Frist in der Lage sind, möglichst konkrete und selbstverständliche Lösungen auszuarbeiten.

Parteipräsident Nationalrat *Fritz Grütter* konnte unlängst anlässlich eines Parteitages bestätigen, dass in diesen Kommissionen wertvolle Arbeit geleistet wird. Natürlich gibt es auch auf diesem Feld Rückschläge und Enttäuschungen. Ich denke da insbesondere an die Kulturkommission, deren Präsident seit Jahr und Tag zu keiner Sitzung mehr eingeladen hat.

Es lohnt sich, einmal den Ursachen solchen Versagens nachzugehen.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass dem Präsidenten einer solchen Arbeitsgruppe eine massgebende Rolle zukommt. Von seiner Initiative hängt es entscheidend ab, ob von einer gedeihlichen Gruppenarbeit gesprochen werden kann. Bei der Wahl des Präsidenten ist zu beachten, dass er auch zeitlich in der Lage sein sollte, eine solch anspruchsvolle Funktion zu übernehmen. Hier wird leider immer wieder gesündigt, indem das Präsidium solcher Kommissionen oder Arbeitsgruppen oft an Funktionäre übertragen wird, die ohnehin hauptberuflich und nebenberuflich längst überlastet sind. Dass solche Multifunktionäre auch noch mit der Führung von Arbeitsgruppen betraut werden, widerspricht jedem Prinzip sinnvoller Arbeitsteilung. Ich denke da vor allem an das Beispiel der «Steckgesellschaft» in Zürich. Diese hoffnungsvolle Institution war bereits im Jahre 1966 von der kantonalen SPZ ins Leben gerufen worden. Sie ist aber bis heute vorwiegend auf dem Papier geblieben. Und dies deshalb, weil die Frage des Präsidiums wiederholt auf dilettantische Weise gelöst worden war. Zunächst übernahm ein mit unzähligen Mandaten belasteter Vertrauensmann widerstrebend die Leitung der Institution. Er musste indessen bald darauf – der Not gehorchend – diese Funktion wieder abgeben. Sein Nachfolger – ebenfalls ein Multifunktionär – war wegen chronischer Überlastung gar nie in der Lage, überhaupt einmal in dieser Funktion tätig zu werden. Man mag mir entgegenen, dass es heute schwerhalte, für die Führung eines Bildungsinstitutes à la Steckgesellschaft Persönlichkeiten zu finden, die nicht bereits überlastet seien. Nun zeigt sich aber, dass in den Reihen unserer Partei genügend sachkundige Kräfte vorhanden sind, die durchaus in der Lage wären, mit dem Präsidium von Kommissionen oder Arbeitsgruppen betraut zu werden. So hat die SP der Stadt Zürich unlängst ihre Mitgliedschaft zu einer Aussprache eingeladen und bei dieser Gelegenheit Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Es war erstaunlich, wie viele fä-

hige Köpfe – vom Primarlehrer bis zum Professor, vom Sachbearbeiter bis zum Chefbeamten – sich spontan bereit erklärten, solche Aufgaben zu übernehmen. Es ist durchaus richtig, was kürzlich Dr. *Peter Klotz* von der Georg-von-Vollmar-Akademie schrieb:

«Sachverstand und Initiative gibt es innerhalb der Sozialdemokratie genug. Es ist nur notwendig, dieses Potential organisatorisch zu erfassen und damit zur Wirksamkeit zu bringen.»

Die Organisatoren unserer Partei sind gut beraten, wenn sie sich diese Erkenntnis zunutze machen. Auch hierzulande schlummert in unserer Mitgliedschaft wertvollstes geistiges Kapital, das mit etwas Organisationstalent leicht zu mobilisieren ist. Multifunktionäre dagegen können, wenn das Mass der Belastung überschritten ist, leicht zum Hemmungsorgan werden.

Neben dem Multifunktionär gibt es aber noch einen andern Typus, der als Präsident einer Arbeitsgruppe fehl am Platze ist. Ich meine jenen Funktionär, der unter dem Eindruck von Misserfolgen und Enttäuschungen der Resignation verfällt und den Mut zur Neuorientierung nicht mehr findet. So möchte ich zum Beispiel meinen Parteifreund Dr. *H. Amberg*, der zurzeit immer noch Präsident der zitierten Kulturkommission ist, zu den Resignierenden zählen. Gewiss hatte er das Pech, dass in seiner Kommission das schulmeisterliche Element besonders stark vertreten war und sich die Kommissionsarbeit daher vornehmlich um die Schulpolitik drehte. Dass diese Arbeit zu keinem überzeugenden Ergebnis führen konnte, lag zum vornherein auf der Hand; denn die Reform des Schulwesens muss beim Kanton beginnen, und es ist Aufgabe unserer Kantonalparteien, zu diesem Zwecke Arbeitsgruppen zu mobilisieren (wie dies im Kanton Zürich bereits mit Erfolg geschehen ist). Es kann deshalb auch nicht verwundern, dass Dr. Ambergs Referat am Lausanner Parteitag (1966) kritisch aufgenommen worden ist und in der Folge bei den Vertretern von Lehrerschaft und Schulbehörden auf starken Widerspruch stossen musste. Und ebenso verständlich ist es daher auch, dass man im Sekretariat der SPS bis heute keine Lust empfand, dieses Referat in Druck zu geben. Ist dies aber ein Grund, einfach zu resignieren? Als ob die Kulturpolitik nicht mehr wäre als blosse Schulpolitik! Ein Kommissionspräsident aber, der auf diese Weise resigniert, wird zum Hemmungsorgan der Kulturpolitik. Fühlt er nicht mehr die Verpflichtung zum Neubeginn, so muss sich die Frage der Ablöse stellen. Ist diese Fragestellung zu aggressiv? Wenn irgendwo, dann müssen in unserem Blatt solche Fragen unerbittlich gestellt werden.